

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 34. JG., Heft 4 | 2021

Sieglinde Rosenberger

Umstrittene Relocation aus Moria

Proteste gegen die konservativ-grüne Regierungspolitik in Österreich

Zusammenfassung: Der Beitrag untersucht zivilgesellschaftliches Engagement in Österreich für die Umsiedelung von Geflüchteten aus griechischen Lagern. Die Proteste richteten sich gegen die in der rechtspopulistischen Regierungszeit formulierte strikte Position der Zero-Aufnahme und erfolgten unter COVID-19 Distanz-Bedingungen. Der Untersuchungszeitraum umfasst September 2020 (Brand in Moria) und die Schließung von Kara Tepe II (April 2021). Der Beitrag identifiziert COVID-konforme, eher lokale Protestrepertoires, den Mangel an Interaktionen zwischen Zivilgesellschaft und Regierung, und eine breite Akteurskonfiguration als wichtiges Moment der Mobilisierung. Dennoch blieb die Bewegung hinsichtlich des primären Ziels erfolglos: Die Normalisierung des Rechtspopulismus dominiert die Asylpolitik (Wodak 2018).

Abstract: The article examines civil society engagement in Austria for the relocation of refugees from Greek camps. The protests were directed against the strict position of zero admission formulated during the right-wing populist government and took place under COVID-19 distance conditions. The study period covers September 2020 (fire in Moria) and closure of Kara Tepe II (April 2021). The paper identifies COVID-compliant, local protest repertoires, hardly any interactions between civil society and government, and a broad actor configuration as an important moment of mobilization. Nevertheless, the movement remained unsuccessful in terms of its primary goal, with the normalization of right-wing populism dominating asylum policy (Wodak 2018).

Schlüsselwörter:

Pro-Migrationsproteste, COVID-19 Bedingungen, Protestdynamiken, Allianzen, Österreich

1 Einleitung

Die österreichische Politik ist von politischen Parteien und organisierten Verbänden dominiert und weit von einer Demonstrations- und Protestdemokratie entfernt (Dolezal 2021). Dennoch formierte sich in den letzten Jahren gegen die Migrations- und Asylpolitik immer wieder pro-migrantisches zivilgesellschaftliches Engagement (Mokre 2015; Ataç 2016; Ruedin et al. 2018). Dabei zeigt sich, dass die Aufnahme von Geflüchteten Politik und öffentliche Meinung stärker emotionalisiert und polarisiert als das Bleiben (Rosenberger/Haselbacher 2017). Ein relativ rezentes Protestphänomen sind in

Österreich Solidaritätsaktivitäten für Geflüchtete, mit denen noch keine sozialen Kontakte bestehen. Nachdem ab 2018 die rechtspopulistische Bundesregierung von ÖVP und FPÖ jegliche Aufnahme über das Relocation-Programm der EU ablehnte, erhoben zivilgesellschaftliche Initiativen ihre Stimme. Verstärkt nach dem Brand in Moria (September 2020) versuchten diese, die Bundesregierung – eine Koalition zwischen ÖVP und Grüne – für die Aufnahme von zumindest einigen hundert Personen zu bewegen – und scheiterten (bislang).

Dieser Beitrag untersucht vor dem Hintergrund spezifischer kontextueller und institutioneller Bedingungen (siehe nächstes Kapitel) die Proteste für die Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Lagern sowie die Reaktionen der ÖVP-Grünen-Koalitionsregierung darauf. Welche Narrative und Aktivitäten verfolgten Regierung und die intervenierende Zivilgesellschaft? Mit welchen Allianzen reagierte die Protestbewegung auf die strikt-ablehnende Regierungspolitik? Wie interagierten Protestbewegung und Regierung? Antworten auf diese Fragen finden sich in den folgenden Kapiteln. Zuvor werden das analytische Konzept, die Datenherkunft und die Methoden erläutert.

2 Analytische Konzepte, Daten und Methoden

Die Soziale Bewegungsforschung nutzt das Konzept der institutionellen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen, um Proteste zu analysieren. Sowohl *endogene* Faktoren, die die Protestbewegung selbst gestalten und kontrollieren kann (wie Instrumente, Allianzen, Emotionen), als auch *exogene* Faktoren wie politische Konstellationen und Offenheit des politischen Systems für zivilgesellschaftliche Forderungen bilden günstige bzw. ungünstige Gelegenheiten für die Entstehung und den Verlauf von Protesten (Roth/Rucht 2008; Jasper 2014). Das österreichische politische System kennzeichnet eine geringe institutionelle Offenheit gegenüber Initiativen von Unten und eine skeptische öffentliche Meinung gegenüber Migration und Flucht (Rosenberger/Gruber 2020). Die Bedingungen für Protesthandeln sind also grundsätzlich wenig günstig. Die Proteste für die Umsiedelung von Geflüchteten aus den griechischen Lagern fanden zudem unter zwei weiteren hinderlichen institutionellen Bedingungen statt:

Erstens erforderten die COVID-19 Maßnahmen spezifische Aktionsrepertoires, die öffentliche Räume nur eingeschränkt nutzen konnten und der physischen Distanz der Protestteilnehmer*innen entsprechen mussten (Mayer et al. 2021; Hutter 2021). Außerdem dominierte die Pandemie die öffentlich-mediale Aufmerksamkeit, die andere Themen wie Flucht marginalisierte.

Zweitens vertritt die regierende ÖVP seit 2017 eine strikt-ablehnende Haltung gegen Asylzuwanderung. Sie bildete 2018 nicht nur eine Regierungskoalition mit der rechtsradikalen FPÖ, sie

übernahm auch von dieser die Themenführerschaft und normalisierte so den Rechtspopulismus im Bereich von Flucht und Asyl (Wodak 2018; Rosenberger/Gruber 2020). Die Positionierung der ÖVP, sich an den Einstellungen der FPÖ-Wähler*innenschaft zu orientieren, erfolgte aus elektoralen Erwägungen und steht in ideologischem Widerspruch mit Teilen der Partei und der Wähler*innen.

Protestbewegungen richten sich gegen Regierungshandeln; sie bestehen aber nicht nur aus der Zivilgesellschaft, sondern kooperieren und interagieren auch mit politischen Parteien und politischen Repräsentant*innen. Protest und Politik sind ineinanderfließende Arenen und können breite Akteurskonfigurationen bilden (Kriesi 2015; Hadj-Abdou/Rosenberger 2019). Nach Kriesi (2004) sind Allianzen mit politischen Parteien und Institutionen entscheidend für Erfolg oder Nicht-Erfolg der Mobilisierung. Vor dem Hintergrund möglicher Spannungen zwischen elektoralen und ideologischen Interessen innerhalb der regierenden ÖVP stellt sich die Frage der Allianzen der Protestbewegung, um eine Positionsänderung zu erreichen.

Dieser Beitrag basiert auf der Erhebung von Protestereignissen der Zivilgesellschaft sowie auf offiziellen Entscheidungen und medialen Reaktionen der Bundesregierung. Für die Protestereignisse wurde auf folgende Quellen zurückgegriffen: Medienberichte über Aktivitäten, Berichte/Websites/Newsletter der Initiativen sowie teilnehmende Beobachtung. Die Erhebung der Entscheidungen sowie die Reaktionen der Regierungsparteien erfolgte über Medienberichte, aber auch über Presseaussendungen der Parteien und parlamentarische Materialien (wie Parlamentsdebatten, Entschließungsanträge, Debatten zur Aktuellen Stunde). Dieses Material erlaubte es, die Akteur*innen, Allianzen und Protestmittel zu identifizieren und im nächsten Schritt die Dynamiken zwischen Regierung und Zivilgesellschaft nachzuverfolgen. Tabelle 1 listet Protestereignisse sowie politische Entscheidungen im Zeitraum von September 2020 (Brand im Lager Moria) und April 2021 (Räumung des Lagers Kara Tepe II) auf.

Tabelle 1: Ereignisse und Aktivitäten bezüglich Geflüchteten des Lagers Moria/Lesbos; Zeitraum 9/2020 - 4/2021

Datum	Bundesregierung (ÖVP, Grüne)	Zivilgesellschaft, NGOs, Kirchen
8.-9. 9. 2020 Brand in Moria		
9.9.2020		Online Petition „#SOS Moria: Menschenleben retten, Herr Kurz“ startet
10.9.2020	Außenminister: Geschrei nach Verteilung keine Lösung	
11.9. 2020		Initiative Courage – Mut zur Menschlichkeit“
12.9. 2020	Bundesregierung kündigt Soforthilfepaket an	

14.9.2020	Entschließungsanträge Nationalrat (NEOS, SPÖ); von ÖVP, Grünen und FPÖ abgelehnt	
16.9.2020	Hilfsunterkünfte werden geschickt; Katastrophenhilfsfonds wird erhöht	
16.9.2020		Runder Tisch mit Landes- und Stadtpolitiker*innen in Tirol
18.9.2020		Bischof Glettler verlangt Aufnahme
23.9.2020	Bundeskanzler lehnt Aufnahme ab, „Hilfe vor Ort“	
3.10.2020	Die angekündigten Hilfsgüter lagern in Athen	
27.9.2020		Pfarren hissen auf Kirchtürmern schwarze Fahne
30.11.2020	Hilfsunterkünfte treffen in Moria ein	
6.-29.11.2020		Aktionswochen „Wir wählen Menschlichkeit“; Online-Petition startet
14.12.2020		Bischof Glettler fordert, 100 Familien aufzunehmen
14.12.2020		Wiener Bürgermeister und Vize-Bürgermeister wollen 100 Kinder aufnehmen
16. 12.2020	Innenminister: Schnelle Hilfe mit Sachleistungen	
16.12.2020		Kardinal Schönborn appelliert an Regierung
19.12.2020		„Ein Wochenende für Moria“- Zelte
19.12.2020	Bundesregierung kündigt Tagesbetreuungsstätte für 500 Kinder an	
Ende Dezember		Bischof Glettler und Courage-Vorsitzende Stemberger besuchen Lesbos
24.12. 2020	Außenminister: „Wirksame Hilfe vor Ort ist ein ganz zentrales Anliegen dieser Bundesregierung“	
11.1.2021		Bischof Glettler, Hilfe vor Ort nur zynisch
März 2021		Unterschriften der Online-Petition „Wir wählen Menschlichkeit“ übergeben
21.3.2021	Angekündigte SOS-Kinderdorf-Betreuungsstätte aufgegeben	
21.3.2021		SOS-Kinderdorf will 50 bis 100 Kinder aufnehmen. Außenministerium lehnt ab.
23.4.2021		„Plan zur geordneten Rettung“ der Initiative Courage

24.4.2021	Kara Tepe II geräumt	
-----------	----------------------	--

Quelle: Eigene Erhebung der Ereignisse auf der Grundlage von Medienberichten.

3 Zivilgesellschaft: Allianzen, Repertoires und Argumente

Zivilgesellschaftliche Initiativen engagierten sich gegen die skandalösen Zustände im Lager Moria und versuchten die österreichische Bundesregierung zur Aufnahme im Rahmen des EU-Umsiedelungsprogrammes zu bewegen. Ziel war es, einige 100 Menschen aufzunehmen und so die nationale und europäische Asylpolitik zu beeinflussen. Kooperationen und politisch wie soziale Allianzen wurden geschmiedet und die Vernetzung zwischen bereits bestehenden und neuen Gruppen forciert. NGOs im Bereich der Flüchtlingsarbeit wie die *Asylkoordination* und die transnationale Organisation *Seebrücke* (Schwiertz/Steinhilper 2021) oder Gruppen wie *Omas gegen Rechts* kooperierten mit neu entstehenden Gruppen.

Auffallend war die enge Kooperation der Bewegung mit kirchlichen Repräsentant*innen, mit Bischöfen, Pfarrer*innen und Ordensleuten der katholischen und evangelischen Kirche, wie etwa der Aufruf des Kardinals und der Besuch von Lagern auf Lesbos durch den Tiroler Bischof und die *Courage*-Sprecherin belegen. Im Interesse einer breiten Akteurskonstellation, die Personen und Organisationen der Regierungsparteien umfasste, wurden Bürgermeister*innen und Politiker*innen aller Fraktionen kontaktiert und situativ eingebunden. Runde Tische mit politischen Akteur*innen und über Websites gestreute Unterstützungsstatements von Politiker*innen unterstreichen die Allianzen mit Repräsentant*innen des politischen Systems. Ebenso erhoben Vertreter*innen von Städten und Gemeinden, Künstler*innen sowie Wissenschaftler*innen ihre Stimmen.¹

Mit welchen COVID-19 konformen Mitteln sollten die Protestziele erreicht werden? Die Initiativen griffen auf klassische Protestinstrumente zurück, wie Briefe an politisch Verantwortliche schreiben, die Korrespondenz mit der Bundesregierung öffentlich machen und Medienarbeit mittels spektakulärer Aktionen betreiben.² Es kamen Zelte, Mahnwachen und schwarze Fahnen zum Einsatz. Die im Winter auf prominenten öffentlichen Plätzen aufgestellten Zelte, in denen jeweils zum Wochenende campiert wurde, erinnerten metaphorisch an die Situation in den Lagern. Die lokale Solidaritätsinitiative „Ein Wochenende für Moria“ startete vor Weihnachten in Innsbruck und in den folgenden Wochen und Monaten wurden Camps in einer Reihe von Städten in Österreich errichtet.³ Darüber hinaus fanden in

¹ <https://www.docdroid.net/mMGV3JA/offener-brief-der-osterreichischen-migrationsforscherinnen-zur-evakuierung-morias-pdf>.

² Vernetzungsplattform *So sind wir nicht*; <https://www.so-sind-wir-nicht.com/Aktuelles/>.

³ <https://florian-scheible.com/ein-wochenende-fuer-moria>; <https://aibk.org/solidaritatsaktion-fur-moria/>.

kleineren Gemeinden – bundesweit – über einen längeren Zeitraum Mahnwachen statt.⁴ Einzelne Pfarren hissten als Zeichen der Humanität und gegen die Regierungspolitik die schwarze Fahne auf Kirchtürmen.⁵ Online-Petitionen kommen der Funktion von Protesten, Masse zu mobilisieren und zu demonstrieren, am nächsten. Einzelpersonen, Organisationen wie die Asylkoordination und Initiativen organisierten einige Online-Petitionen, die sich in den meisten Fällen direkt an den Bundeskanzler richteten.

Die Initiativen formulierten das Narrativ der *Menschlichkeit*, die es gebiete, gegen das menschenunwürdige Dasein in den Lagern aufzustehen. *Wir wählen Menschlichkeit* nannte sich eine Gruppe und *Courage* präsentierte sich mit dem Slogan *Wir sind das Österreich der Menschlichkeit*.⁶ Das zweite Narrativ – *Wir haben Platz* – sollte dem moralischen Argument der Menschlichkeit Realismus verleihen. Aktivist*innen suchten Unterbringungsplätze und erstellten eine österreichweite Landkarte über Gemeinden und Pfarren, die Plätze zur Verfügung stellen würden.⁷ Tatsächlich erklärten sich einige Bürgermeister*innen aller Parteien bereit, Menschen aus den Lagern in ihrer Gemeinde eine Bleibe zu geben. *Courage* legte nach der Räumung von Kara Tepe II im April 2021 der Regierung einen „Plan zur geordneten Rettung“ vor.⁸

Diffundierende Repertoires und Von-einander-Lernen kennzeichnen diese Bewegung. Ursprünglich städtisch, schlug sie auch in ländlichen Gemeinden Wurzeln. Gruppen mit ähnlichen Aktivitäten und Argumenten entstanden in zahlreichen Städten und Gemeinden, nahmen aufeinander Bezug und übernahmen die Protestform der Zelte und Camps. Es entwickelte sich ein österreichweiter Aktivismus, der dennoch lokal blieb, ohne eine zentrale Organisationsform zu bilden oder eine Führungspersönlichkeit hervorzubringen.

4 Bundesregierung: Argumente und Interaktionen

Das ÖVP-Regierungsnarrativ setzte sich aus einigen, immer wiederholten Elementen zusammen: Die „richtige Hilfe sei die Hilfe vor Ort“ und es sei eine „klare Linie“ zu verfolgen,⁹ um keine „falschen Signale“ zu senden,¹⁰ um keine Sog-Wirkung zu erzeugen.¹¹ Der Außenminister betonte, die EU dürfe nicht in die alte Debatte von 2015 und 2016 zurückfallen, denn diese sei nicht die Lösung des Problems.¹² Auch der Bundeskanzler warnte vor einer Wiederholung der Flüchtlingskrise des Jahres

⁴ <https://omasgegenrechts.at>.

⁵ <https://www.tt.com/artikel/30754132/schwarze-fahne-in-igls-als-kritik-an-unsozialer-regierungspolitik>.

⁶ <https://actions.aufstehn.at/moria-evakuieren>.

⁷ <https://www.derstandard.at/story/2000121075064/initiative-bietet-wohnraum-fuer-3-188-griechenland-fluechtlinge>.

⁸ <https://www.courage.jetzt/initiative-courage-praesentiert-plan-fuer-geordnete-rettung/>.

⁹ Bundeskanzler Kurz, Aktuelle Europastunde im Nationalrat, 23.9.2020.

¹⁰ Außenminister Schallenberg, ORF ZIB 2, 10.9.2020.

¹¹ Innenminister Nehammer, Der Standard, 16.12. 2020.

¹² Außenminister Schallenberg, ORF ZIB 2, 10.9.2020.

2015 und beteuerte, dass er „dieses menschenunwürdige System nicht mit seinem Gewissen vereinbaren könne“¹³, dass „Österreich (...) nicht alle Menschen aufnehmen (könne)“.¹⁴ Mit dem Verweis auf 2015 sollte wieder die kommunikative Situation geschaffen werden, die den migrationskritischen Parteien beträchtliche Wahlerfolge eingebracht hatte.

Die protestierende Zivilgesellschaft forderte aber gar keine offenen Grenzen, wie der Bundeskanzler anklingen ließ, um diese nicht gestellte Forderung dennoch zurückzuweisen. Vielmehr bat Bischof Glettner um ein faires Kontingent von 100 Familien,¹⁵ die Stadt Wien sprach von 100 Flüchtlingskindern¹⁶ und die Grünen in der Regierung wollten 100 Menschen eine Aufnahme ermöglichen. Zur Unterstützung der Zivilgesellschaft stellten die Oppositionsparteien NEOS und SPÖ parlamentarische Entschließungsanträge, die die Bundesregierung aufforderten, 100 „besonders notleidende Kinder“ aufzunehmen. Die Abgeordneten von ÖVP, Grünen und FPÖ lehnten die Anträge ab.¹⁷ Der Unterschied zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft sowie der parlamentarischen Opposition lag also nicht in offenen oder geschlossenen Grenzen, sondern er betraf einzig die Haltung zu Migration.

Auf die Forderung nach Berücksichtigung von Menschlichkeit in der Asylpolitik reagierten die tonangebenden ÖVP-Minister indirekt. Im Verlaufe der lauter werdenden Proteste sprachen diese von einem „menschenunwürdigem System“, zogen aber daraus gänzlich andere Schlussfolgerungen: Der Innenminister zeigte sich als „Familienvater“ erschüttert,¹⁸ warnte aber gleichzeitig vor Destabilisierung und Sog-Effekten.¹⁹ Anlässlich der Weihnachtsfeiertage kündigten Innen- und Außenminister am 24. Dezember 2020 eine Tagesheimstätte für 500 Kinder auf Lesbos an.²⁰ Im März 2021 stellte sich heraus, dass diese aufgrund der Situation vor Ort nicht eröffnet werden konnte, also die angekündigte Hilfe vor Ort eine rhetorische Weihnachtsaktion blieb.

Die ÖVP passte ihr Narrativ der medialen Aufmerksamkeit der breiten Protestallianz an. Keine Rede war mehr von der Zivilgesellschaft als „Geschrei“²¹, vielmehr zeigte sie nun Empathie für Kinder. Kommunikative Strategie war aber weiterhin, mit der Zivilgesellschaft keineswegs direkt zu reden, sondern – wenn unbedingt notwendig wie vor Weihnachten – über Pressekonferenzen zu reagieren. Dennoch verlor die ÖVP die alleinige Deutungshoheit über die Situation, ihre Narrative mussten mit der Zivilgesellschaft konkurrieren. So versuchte sie der aufgezeigten Not mit Hilfe vor Ort in den Lagern

¹³ <https://www.diepresse.com/5866285/kurz-sagt-nein-zu-fluchtlingsaufnahme-kann-ich-nicht-mit-meinem-gewissen-vereinbaren>.

¹⁴ Aktuelle Europastunde https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK0924/.

¹⁵ <https://www.tt.com/artikel/17646332/bischof-glettner-oesterreich-soll-100-familien-aufnehmen>.

¹⁶ Der Standard, 31.8.2020.

¹⁷ Entschließungsantrag 817 A (E) vom 14.9.2020 (XXII. GP).

¹⁸ Der Standard, 16.12.2020.

¹⁹ Tiroler Tageszeitung, 19.12.2020.

²⁰ <https://orf.at/stories/3194438/>.

²¹ Außenminister Schallenberg, ORF ZIB 2, 10.9.2020.

zu begegnen und beschwor im Falle einer Aufnahme gleichzeitig die Gefahr von Sog-Effekten. Insgesamt beharrte die Regierung also auf ihrem Nein, sie modifizierte lediglich das Narrativ. Die Zivilgesellschaft hatte hingegen immer wieder kreative Mittel und Allianzen zu finden, um in der Pandemie mediale Präsenz und öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Kurzum: Die Regierung musste lediglich reagieren, die Zivilgesellschaft immer wieder mit Neuem agieren.

5 Schlussbemerkungen

Die COVID-19 Bedingungen beeinflussten das Protesthandeln. Eine Hybridität von Online- und physischen Präsenzaktivitäten ist das Merkmal. Auffallend ist die Intensität der lokalen Mobilisierung – die Proteste zeigten im Untersuchungszeitraum kaum Momente der nationalen oder transnationalen Artikulation. Auf große Demonstrationen mit einer breiten Allianz von Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft musste verzichtet werden (wie die geplanten Aktionswochen im November 2020). In dieser Hinsicht hatte tatsächlich „eine weitreichende Bremswirkung für die zivilgesellschaftliche Aktivität“ (Mayer et al. 2021, 185) gegriffen.

Die Proteste stießen auf eine aus elektoralen Motiven gespeiste, strikte Position der Ablehnung durch die ÖVP-dominierte Regierung. Die Grünen, für die in der Opposition eine menschliche Asylpolitik zu den wichtigsten Themen zählte, plädierten erfolglos für die Aufnahme. Die ÖVP machte die Ablehnung zum Prinzip, in der Asylpolitik die migrationspolitische Position der FPÖ weiter zu führen. Der FPÖ-Wähler*innenschaft sollte Strenge und Härte signalisiert werden. Allianzen mit ÖVP-Politiker*innen und ÖVP-nahe stehenden Organisationen – wie der katholischen Kirche – konnten diese Haltung (noch) nicht aufbrechen (Maier 2020). Pandemie-spezifische Einschränkungen der Mobilisierung waren der Regierung sicherlich nützlich. Dennoch ist anzunehmen, dass auch Proteste ohne COVID-19 Beschränkungen die Regierungshaltung nicht geändert hätten, da es um elektorale und nicht um sachpolitische oder ideologische Interessen ging.

Nach Monaten des COVID-19 angepassten Aktionismus ist das direkte politische Ziel der Evakuierung von Geflüchteten also nicht erreicht worden. Die Protestallianz bewirkte aber einige indirekte soziale und politische Effekte (Kolb 2007; Kirchhoff et al. 2018). Sie generierte Wissen, beteiligte sich an der Information über und an der Interpretation der Ereignisse an den Außengrenzen und Außenlagern der EU. Problemdarstellung und -lösung oblagen nicht alleine der Regierung, sondern Medien berichteten über die Aktivitäten der Zivilgesellschaft, über die Missstände in den Lagern, aber auch über die lediglich angekündigten, faktisch gescheiterten Hilfen der Bundesregierung. Der Protest erfüllte somit über das direkte Anliegen hinaus wichtige Funktionen für die politische Kultur und produzierte medial gestreutes Wissen zu Migration und Flucht.

Sieglinde Rosenberger ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien/Österreich.

Kontakt: Sieglinde.Rosenberger@univie.ac.at

Literatur

Ataç, Ilker 2016: 'Refugee protest Camp Vienna': Making citizens through locations of the protest movement. In: *Citizenship Studies* 20(5), 629-646.

Austria Presse Agentur 2020: Kurz sagt Nein zu Flüchtlingsaufnahme: "Kann ich nicht mit meinem Gewissen vereinbaren". 12. September 2020. In: <https://www.diepresse.com/5866285/kurz-sagt-nein-zu-fluechtlingsaufnahme-kann-ich-nicht-mit-meinem-gewissen-vereinbaren>.

Brickner, Irene 2020: Initiative bietet Wohnraum für 3.188 Griechenland-Flüchtlinge. 21. Oktober 2020. In: <https://www.derstandard.at/story/2000121075064/initiative-bietet-wohnraum-fuer-3-188-griechenland-fluechtlinge>.

Dolezal, Martin 2021: Die österreichische Protestarena im neuen Jahrtausend: Mobilisierungsstärke, Aktionsformen und Themen, 1998–2016. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 50(2), 1-13.

Hadj-Abdou, Leila/Rosenberger, Sieglinde 2019: Party Activism: The Permeability of the Asylum Protest Arena in Austria. In: *Social Movement Studies*, 18(4), 391-407.

Hutter, Swen 2021: Fridays for Future in der Corona-Krise: Welche Mobilisierungskraft haben Online-Proteste? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34(2), 218-234.

Jasper, James M. 2014: *Protest. A Cultural Introduction to Social Movements*. Cambridge.

Kirchhoff, Maren/Probst, Johanna/Schwenken, Helen/Stern, Verena 2018: Worth the Effort: Protesting Successfully Against Deportations. In: *Rosenberger, Sieglinde/Stern, Verena/Merhaut, Nina* (Hg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*. IMISCOE Research Series. Springer.

Kolb, Felix 2007: *Protest and opportunities. The political outcomes of social movements*. Campus.

Kriesi, Hanspeter 2004: Political Context and Opportunity. In: *Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter* (Eds): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Blackwell Publishing, 67-90.

Kriesi, Hanspeter 2015: Party Systems, Electoral Systems, and Social Movements. In: *Della Porta, Donatella/Diani, Mario* (Eds.): *The Oxford Handbook of Social Movements*. Oxford University Press, 667-681.

Maier, Ferry 2020: Österreichs Symbolpolitik in Moria. 6. Oktober 2020. In: <https://www.derstandard.at/story/2000120507188/oesterreichs-symbolpolitik-in-moria>.

Mayer, Maria del Carmen/Stern, Verena/Daphi, Priska/Roose, Jochen 2021: Abstand von Protest oder Protest auf Abstand? Soziale Bewegungen in der COVID-19 Pandemie. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34(2): 183-187.

Mokre, Monika 2015: *Solidarität als Übersetzung. Transversal texts*. Wien.

Offener Brief der österreichischen Migrationsforscher*innen an die Bundesregierung: Subsidiarität, Solidarität und Zivilcourage zur Evakuierung der griechischen Lager in Moria/Kara Tepe. 2.

November 2020. In: <https://www.docdroid.net/mMGV3JA/offener-brief-der-osterreichischen-migrationsforscherinnen-zur-evakuierung-morias-pdf>.

Plank, Alexandra 2020: Schwarze Fahne in Igls als Kritik an „unsozialer Regierungspolitik“. 27. September 2020. In: <https://www.tt.com/artikel/30754132/schwarze-fahne-in-igls-als-kritik-an-unsozialer-regierungspolitik>.

Rosenberger Sieglinde/Gruber, Oliver 2020: Integration erwünscht? Österreichs Integrationspolitik zwischen Fördern, Fordern und Verhindern. Czernin.

Rosenberger, Sieglinde/Haselbacher, Miriam 2016: Populistischer Protest: Mobilisierung gegen Asylunterkünfte in oberösterreichischen Gemeinden. In: SWS-Rundschau 56(3), 399-421.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) 2008: Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch. Campus.

Ruedin, Didier/Rosenberger, Sieglinde/Merhaut, Nina 2018: Tracing anti-deportation protests: a longitudinal comparison of Austria, Germany and Switzerland. In: Rosenberger, Sieglinde/Stern, Verena/ Merhaut, Nina (Hg.): Protest Movements in Asylum and Deportation. Springer, 89-115.

Schwartz, Helge/Steinhilper, Elias 2021: Countering the Asylum Paradox through Strategic Humanitarianism. Evidence from Safe Passage Activism in Germany. In: Critical Sociology 47(2), 203-217.

Wodak, Ruth 2018: Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. In: Politische Vierteljahresschrift 59(2), 323-335.